Tageblatt für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste. Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag. Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich Eingesandt: Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Lobeck & Co., Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen. Chocoladen, Cacaos, Desserts. Einzelverkauf Altmarkt 2.

Steingut unter Bazar-Preisen. Zwiebeln. Weiss. Speiseteller. Schüsseln. 2 Mk. an Waschgeschirre bunt. Nachttöpfe. Waschbecken. Alles Bedarfsgeschirr J. G. Klingner No. 3. Waisenhausstr.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle. **Max: Kunath,** Wallstr. 8.

Franz Pillnay Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen **Dresden-Neustadt.**

Atelier für feine **Corsets** nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle. Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25.

Zur Reise empfehle ich mein Lager aller **Reise-Utensilien** und **Lederwaaren**, als: **Echte Fournierkoffer**, ohne Pappe im Hauptkörper, **Schiffskoffer**, **Bambuskörbe**, **Rundreisekoffer**, **Necessaires**, **Reisetaschen**, **Speisekörbe**, **Touristen-Gegenstände** etc. **Moritz Klingner** Sattlermeister, Augustusstrasse 6.

Nr. 144. **Spiegel:** Mahnung für die Wahlen, Ministerkrisis in Italien. Hofnachrichten, Wahlbewegung, Justizrath Wolf †, Gesammtrathssitzungen, Schulverein, Deutsche Lehrerversammlung, Armeeveränderungen, Von der Weltausstellung, Gerichtsverhandlungen. Prof. Masius †. **Mittwoch, 24. Mai.**

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die „**Dresdner Nachrichten**" für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Während der Festzeit hat der Kampf geruht, die Schwerter steckten in der Scheide, die Patronen in der Tasche. Die fröhliche Pfingstzeit, von Dichtern viel besungen, von der Natur geschmückt mit dem jungen Grün des Frühlings, ist nicht geschaffen, die Leidenschaften zu entfesseln, sondern sie zu zähmen; und wenn die Pfingstzeit uns auch nicht die Eintracht bringt, so wehrt sie doch dem Toben der Zwietracht. Das wird bald sich ändern, wie es schon vorher anders war, als auf allen Seiten die ordres de bataille ausgegeben wurden, als man die Kolonnen musterte und sie durch tönende Ansprachen anzufeuern suchte für den Zusammenprall. Allerdings, wer die Dinge nur von Außen betrachtet, der merkte bisher nur wenig: Etwa an den Ecken der Straßen und an den runden Säulen sah er Plakate, in denen die Behörde amtliche Mittheilung machte über die Formen der Wahl, oder er las in der Zeitung, welche Kandidaten die einzelnen Parteien den Wählern empfehlen; wer aber genauer zusah, der konnte schon in den ersten zwei Wochen der Wahlpassion sehen, welch grimmer Parteihaß unter der Asche glomm und nur mit Sorgen und ernstem Bedenken kann er in die kommenden Wochen blicken. Jetzt erst wird der eigentliche Kampf beginnen, ein Kampf, in dem leider allzuoft nicht die bessere Weisheit und nicht die Wahrheit siegt, sondern der stärkste Ellenbogen. Nicht der sachliche Meinungsstreit ist zu fürchten, wohl aber ein Kampf, in dem, wie es seit Langem jenseits des Oceans Uebung und Brauch ist, persönliche Gehässigkeit die Schwäche der Argumente stützt und die Beschimpfung des Gegners die Lücken der logischen Entwickelung ausfüllt. Hier kann man nur warnen und mahnen; man muß mit besonderer Rücksicht auf unsere heimischen Verhältnisse vor Allem dazu auffordern, daß die Nachbarparteien die Spitze ihres Schwertes in erster Linie gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Sozialdemokratie, richten mögen, nicht aber gegen einander. Es dauert nicht lange, so stehen die Landtagswahlen bevor, für die bereits seit mehr als Jahresfrist ein neues Kartell abgeschlossen wurde. Wie sollen die Männer freudig Schulter an Schulter kämpfen, die eben erst sich mit allem Haß verfolgten und an einander, wie man zu sagen pflegt, nicht einen guten Bissen ließen? Wie sollen aber auch schon bei den Stichwahlen, in denen voraussichtlich mehr als einmal ein Ordnungsparteiler gegen einen Sozialisten kämpfen wird, die Nachbarn freundlich helfend eintreten, wenn sie jetzt über das Maß hinaus verhetzt und verbittert werden? Selbst im heißesten Treiben des Kampfes bleibe dieser Gesichtspunkt nicht vergessen!

Die Ministerkrisis, die in Italien ausbrach, mußte dem unbefangenen Zuschauer der parlamentarischen Ereignisse in Rom recht unerwartet kommen. Kurz vor dem Pfingstfeste hat das Ministerium Giolitti seine Portefeuilles dem Könige zur Verfügung gestellt. Eine endgiltige Lösung haben auch die Feiertage nicht gebracht, es scheint vielmehr, als seien noch mancherlei ungeahnte Schwierigkeiten zu überwinden. Denn anfangs schien es, als werde die Niederlage, die formell nur der Justizminister Bonacci erlitt, sich auf diesen beschränken und als werde Giolitti nicht nur die Kabinetsbildung von Neuem übernehmen, sondern auch in das rekonstruirte Kabinet wiederum seine bisherigen Kollegen mit Ausnahme Bonacci's berufen. Nach den Mittheilungen, die bis jetzt vorliegen, hat der Schein getrogen. Giolitti scheint sich den Schwierigkeiten nicht gewachsen zu fühlen, auch Zanardelli, der fähigste Kopf neben Crispi, hat sich geweigert, das brüchige Erbe zu übernehmen. So richten schon jetzt sich die Blicke der Meisten auf den, der in Italien noch immer als der Zukunftsmann gilt, der durch seine Klugheit und Energie das Staatsschifflein schon durch manche schwellende Woge gesteuert hat, auf den alten Freund und Verehrer des Fürsten Bismarck, auf Francesco Crispi, den einzigen, wirklichen Staatsmann von vornehmer Art, den Italien heute besitzt. Aber Francesco Crispi hat gelernt, seine Zeit zu erwarten; er will nicht von der Woge des Zufalls sich emporspielen lassen zur Macht, um dann in kurzer Zeit abermals herabzusinken, wenn es der Augenblickslaune des Parlaments gefällt. Setzt er noch einmal sich auf den Sessel des Ministers, so will er die Gewißheit haben, daß der Sessel nicht wackelt, sondern auf starken Beinen steht. Ob Crispi jetzt seine Zeit für gekommen hält? Fast will es so scheinen. Schon seit geraumer Zeit hat er in seinen Blättern einen Plänklerkrieg gegen Giolitti geführt, den er stets nur als seinen Platzhalter betrachtet hat, schon jetzt hat er wiederholt die innere Politik des Ministerpräsidenten für verfehlt erklärt und er hat vor Allem seine schärfsten Pfeile gegen die auswärtige Politik des bisherigen Kabinets gerichtet. Der Italiener ist gerade in Fragen der nationalen Ehre und selbst in Fragen der nationalen Eitelkeit ungemein empfindlich, einzelne Uebergriffe der Franzosen in Tripolis und in Biserta, gegen dessen Befestigung als Kriegshafen man protestirt und um dessentwillen bereits in der Kammer eine energische Anfrage erging, können leicht eine wichtige Etappe auf dem steigenden Pfade des greisen sizilianischen Staatsmannes bedeuten. Hält Crispi seine Zeit noch nicht für gekommen, fällt jetzt nur Bonacci, so wird schwerlich das Kabinet Giolitti auf blumigen Pfaden wandeln.

Immerhin sind es erfreulicherweise nicht Gründe der auswärtigen Politik, welche direkt zum vorläufigen Sturz Giolitti's führten. Für den, der die sonderbaren Treibpflanzen eines parlamentarischen Systems noch nicht kennt, mag die Entstehung der jüngsten Krise wunderlich genug erscheinen. Nachdem die Kammer die einzelnen Positionen des Justizetats ohne besondere Aufregung angenommen hatte, hat sie in der Schlußabstimmung, die nun dem gesammten Etat des Justizministeriums galt, denselben kaltlächelnd mit 139 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Die einzelnen Abstimmenden selbst sollen nach den übereinstimmenden Berichten aus Rom über dieses Resultat erstaunt oder geradezu verblüfft gewesen sein. Man kann die seltsame Thatsache nur damit erklären, daß sich die unsicheren Cantonisten in der Einzelberathung, weil dort eine öffentliche Abstimmung erfolgt, sich auf die Seite der Regierung schlugen, während sie in der geheimen Endabstimmung sich oppositionell geberden. Es ist schwer, eine derartige Erscheinung tragisch zu nehmen, aber sie hat doch ihre sehr bedenkliche Seite. Die italienische Kammer zählt 508 Mitglieder, bei der Abstimmung waren nur 277 zugegen, von denen, wie gesagt, 139 mit Nein, 138 mit Ja stimmten. Tritt nun ein neues Kabinet auf den Plan, und bestünde es selbst ausschließlich aus Engeln, so sieht es sich von vornherein ohne jede sichere parlamentarische Stütze. Wie stellen sich die 231 Fehlenden? Würden die Männer, die jetzt Nein sagten, in allen künftigen Fällen sich gleichfalls zu einer einheitlichen Stellungnahme zusammen finden? Oder würden sie bei erster bester Gelegenheit auseinanderbröckeln? Bunt genug sind ohnehin stets die Majoritäten, die in Rom entscheiden. Heute finden sich die schärfsten Gegner, wie Rudini und Zanardelli, zusammen, morgen stehen sie in erbittertem Kampfe gegeneinander. Es wird nicht leicht sein, so wie die Dinge nun einmal liegen, ein neues Ministerium zusammenzubringen, außer unter der Flagge Crispi's; aber noch schwerer wird es für ein neues Ministerium sein, seinen Lebensfaden über Wochen oder gar Monate hinwegzuspinnen und sich der Ministerherrlichkeit zu erfreuen, bis im Großen Garten das Lied der Nachtigall verstummt oder gar bis die Schwalben wieder heimwärtsziehen.

Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Mai.

Berlin. Der amtliche „Reichsanzeiger" schreibt: In der Tagespresse werden Mittheilungen verbreitet über die Beschaffung der Mittel zur Deckung der Ausgaben, welche dem Reichshaushalt durch die Annahme der Militärvorlage erwachsen würden. Es soll darnach in der Absicht liegen, auf eine Erhöhung der Brausteuer und der Verbrauchsabgabe für Branntwein zu verzichten und statt dessen eine stärkere Belastung des Tabaks oder wie Andere zu wissen meinen, die Einführung eines Branntwein-Monopols vorzusehen. Daß diese weitere Interessentenkreise beunruhigenden Behauptungen nur auf Kombinationen beruhen und nicht zum geringsten Theil lediglich der Beunruhigung wegen erfunden sind, ergiebt sich schon aus dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit. Die aus einstimmigen Beschlüssen des Bundesrathes hervorgegangenen Gesetzentwürfe wegen Erhöhung der Brau- und Branntweinsteuer und der Stempelabgabe sind im Reichstag und in dessen Kommission zu eingehender Berathung nicht gekommen. Es ist dies bedauerlich, da es hiermit den verschiedenen Regierungen auch an einer Gelegenheit gefehlt hat, den größeren Theil der dagegen erhobenen Einwendungen zu entkräften. Daß an der vorgeschlagenen Art der Deckung von Seiten der verbündeten Regierungen nicht starr festgehalten wird, vielmehr die Bereitwilligkeit besteht, auch andere Möglichkeiten zur Beschaffung der erforderlichen Mittel zu erörtern, sofern solche von der Mehrheit des Reichstages vorgezogen würden, ist bei den Verhandlungen von der Vertretung des Bundesrathes zu erkennen gegeben worden. Bis jetzt mangelte es aber auch, abgesehen von der Ungewißheit über die Mehrheitsbildung im nächsten Reichstage, an einigermaßen verläßlichen Anzeichen dafür, daß andere Steuerpläne größeres Entgegenkommen finden würden. Es ist die Pflicht der Reichsfinanzverwaltung, jede ihr gegebene Anregung zu prüfen; bis jetzt haben aber nur diejenigen Projekte, welche auf eine wirksame Besteuerung des Luxus abzielen, mit einiger Aussicht auf Erfolg näher in Betracht gezogen werden können. — Die offiziöse „Norddeutsche" schreibt: Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Kaiser sich als Bundesfeldherr kurz vor den Wahlen in einer besonderen Kundgebung an das deutsche Volk wenden werde, entbehrt der Begründung. Der Gedanke an die Möglichkeit eines solchen Schrittes mag daher entstanden sein, daß Artikel 63 der Reichsverfassung dem Kaiser schwere und verantwortliche Pflichten auferlegt, deren Erfüllbarkeit, ohne die Gewährung der unumgänglich nöthigen Mittel, in Frage gestellt sind. Nachdem aber Se. Majestät sich wiederholt und mit voller Klarheit über die geplante Heeresverstärkung ausgesprochen hat, kann die Nation über die an allerhöchster Stelle bestehende Auffassung nicht in Zweifel sein. — Dasselbe Blatt ist ermächtigt, die nachfolgenden Telegramme zu veröffentlichen: Eßlingen, 22. Mai 1893. An Se. Majestät den deutschen Kaiser, Neues Palais. Ew. Kais. und Königl. Majestät, dem obersten Kriegsherrn des Deutschen Reiches, huldigen die in Eßlingen zu ihrem Bundestag versammelten 8000 Kameraden des Württembergischen Kriegerbundes mit ehrfurchtsvollem Gruß und dem Ausdruck treuester Hingebung für Kaiser und Reich, für König und Vaterland. Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar. Antwort: Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar. Hocherfreut durch den Huldigungsgruß vom heutigen Tage, spreche Ich dem Württembergischen Kriegerbunde für den Ausdruck der Treue und Hingebung für Kaiser und Reich Meinen herzlichsten Dank aus. Wilhelm I. R. — Der „Nationalzeitung" geht von einem hervorragenden alten Parlamentarier folgende Zuschrift zu: Unbedingt ist den verschiedenen Kundgebungen, welche immer und immer, insbesondere in Süddeutschland, sich wiederholen, zuzustimmen, wonach die jetzige große Verstimmung nur durch die Aussöhnung zwischen Kaiser und Bismarck definitiv beseitigt werden könne. Wenn auch des Letzteren Rückkehr in's Amt nicht mehr in Frage kommt, das ganze Volk, von Fürsten und Prinzen herab bis zum letzten reichstreuen Bürger und Bauer, erwartet diese hochherzige erlösende That und zwar mit einer peinlichen Spannung, die sich in demselben Verhältniß steigert, wie sie sich in einer für das Dankbarkeitsgefühl und auch für das politische Verständniß des deutschen Volkes unfaßbaren Weise verzögert. — Die Aufnahme, welche der kürzlich veröffentlichte Brief des Prinzen Albrecht in der Oeffentlichkeit gefunden hat, trifft mit vorstehender Auffassung vollständig überein. Möge in der bevorstehenden Wahlschlacht aus dem Munde jedes Patrioten, möge aus Palast und Hütten der Ruf „Versöhnung!" erklingen, bis er Erfüllung gefunden hat. — Aus Petersburg geht der „Kreuzzeitung" die Nachricht zu, daß die Rückreise des Großfürsten Wladimir wohl deshalb direkt aus Italien nach Petersburg gehe, weil ein Aufenthalt in Wien, der ursprünglich beabsichtigt war, den gegenwärtig etwas verstimmten Beziehungen beider Höfe nicht entsprochen hätte. — Die Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes, in welcher endgiltige Beschlußfassung über die Auflösung des Bundes und den Anschluß an den Bund der Landwirthe erfolgen soll, ist auf den 17. Juni festgesetzt. — Die im Abgeordnetenhaus vom Grafen Douglas eingebrachte Interpellation über die zur Begegnung der Choleragefahr zu ergreifenden Maßnahmen wird am 30. ds. voraussichtlich von der Tagesordnung abgesetzt, da sich der Kultusminister Dr. Bosse binnen Kurzem auf ärztliche Anordnung zur Kur nach Karlsbad begiebt. — Der Selbstmordversuch des bekannten Orientmalers v. Meckel erregt in Künstlerkreisen großes Aufsehen. Er hat sich in seinem Atelier einen lebensgefährlichen Pistolenschuß in die Brust beigebracht.

Arolsen. Die feierliche Beisetzung der Leiche des Fürsten Georg Viktor von Waldeck-Pyrmont ist unter großartiger Betheiligung aus dem ganzen Lande erfolgt. Nach dem Gottesdienste, an welchem der König von Württemberg, der Großherzog von Luxemburg, viele Fürstlichkeiten, Abgesandte deutscher und ausländischer Fürstenhöfe, Deputationen &c. theilnahmen, erfolgte um 11 Uhr die Ueberführung in das Erbbegräbniß Rhoden unter Glockengeläute, während die Vereine und Schulen Spalier bildeten.

Essen a. d. Ruhr. Die Hamburger Geheimpolizei verhaftete heute auf dem Essener Viehmarkte sieben Viehhändler der hiesigen Gegend, weil sie der Bestechung Hamburger Schaffner verdächtig sind.

Spandau. In einem hiesigen Gartenlokal wurde einem Akrobaten am Sonntag, als er auf dem Thurmseil seine Künste zeigte, ein zur Straffhaltung angebrachter Sandsack aufgehoben, was eine Schwankung des Seiles hervorbrachte. Der Künstler stürzte herab, verfehlte das Sicherheitsnetz und fiel auf ein kleines Mädchen, welchem das Genick gebrochen wurde. Der Künstler hat schwere, innere Verletzungen davongetragen. Die That wird auf Konkurrenzneid zurückgeführt.

Hannover. Nachdem gestern eine patriotische Feier am Hermannsdenkmal des Teutoburger Waldes stattgefunden hatte, nahm heute der Deutsch-soziale Parteitag seinen Anfang. Nach einem Berichte Dr. König's mit lebhafter Debatte wurde mit allen gegen 7 Stimmen folgende Resolution angenommen: Der Parteitag hält an der seitens des Parteivorstandes abgegebenen Erklärung, daß Ahlwardt nicht Mitglied der deutsch-sozialen Partei sei, fest und lehnt jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit des Herrn Ahlwardt ab. Am schärfsten sprach Hr. v. Liebermann gegen Rektor Ahlwardt, am mildesten Prof. Dr. Förster. Die Annahme der Resolution erweckte lebhaften Beifall. Der Parteitag ist von 250 Delegirten besucht.

München. Prinz Leopold ist zur Militär-Inspektion nach Halle an der Saale abgereist.

Bamberg. Die Bankfirma Hermann Hetzlein [?], Agentur der Bayrischen Notenbank, ist insolvent. Ein Inhaber der Firma beging in Wien Selbstmord, ein Anderer fehlt. Die Kassen sind geleert, die Passiven sind noch nicht bekannt, aber sehr beträchtlich. Die Ursachen des Zusammenbruchs sind hauptsächlich industrielle Engagements. Privatpersonen sind stark betheiligt.

Karlsruhe. Hier wurden zwei Schutzleute von Civilisten in einer berüchtigten Straße erstochen.

Wien. Der Deutsche Schriftstellertag ist heute geschlossen worden, nachdem beschlossen worden war, in Wien und Berlin Syndikate zu bilden, als Rechtsbeistände für den Verband der Mitglieder derselben in litterarischen Angelegenheiten. Bei den Ergänzungswahlen wurde als Gesammtvorstand gewählt Dr. v. Thaler, Brasch-Weimar und Wichart-Berlin.

Wien. Die in London stattfindende europäische Eisenbahn-Fahrplankonferenz ist auf den 7. Juni verlegt worden.

Paris. Bei der gestrigen Vorstellung der „Walküre" erzielte die Oper eine Einnahme von 22,695 [?] Frcs., die höchste Einnahme seit Bestehen des Theaters.

Rom. Die Nachricht von der Wahl Imbriani's ist unbegründet. Weder Imbriani noch Lefebre erhielten in Sora, wie nunmehr feststeht, die erforderliche Stimmenzahl. Infolge von Reklamationen der Wähler wird jedoch das Aktenmaterial der parlamentarischen Wahlkommission zur Entscheidung übersendet.

Rom. Kardinal Hohenlohe, der seit Dezember 1892 in Deutschland weilt, hat einem hier lebenden Freunde mitgetheilt, daß er aus Verdruß über die im Vatikan herrschende Politik auf seine Aemter Verzicht leisten und in Deutschland bleiben werde. — Die Lösung der Ministerkrisis gilt als nahe bevorstehend. Man versichert, alle zurückgetretenen Minister außer dem Justizminister Bonacci würden auf ihren bisherigen Posten verbleiben.

Venedig. Auf der Linie nach Bologna wurden hier auf ein Coupee 1. Klasse, in dem sich zwei Abgeordnete befanden, drei Revolverschüsse abgegeben. Die Kugeln durchbohrten die Polstersitze, Passagiere wurden jedoch nicht verletzt.

Brüssel. Zwei zum hiesigen Grubenarbeiterkongreß eingetroffene französische Deputirte erhielten eine Vorladung, auf der Polizeibehörde zu erscheinen. Es soll dies mit der Aufreizung gegen die belgischen Grubenarbeiter zusammenhängen, die im vergangenen Jahre in Pas de Calais stattfand.

Brüssel. Die französischen Deputirten Basly und Lamendin, die zum Grubenarbeiterkongreß delegirt waren, wurden heute ausgewiesen.

London. Nachrichten aus Persien zufolge ist die aufständische Bewegung in Schiras in Zunahme.

Petersburg. Ein hiesiges Blatt meldet, daß die Unterhandlungen zwischen dem Finanzministerium und dem Bevollmächtigten der Fürstin von Hohenlohe wegen Ankauf der der Fürstin durch Erbschaft zugefallenen Güter durch die Krone gescheitert seien und die Krone den geplanten Ankauf vollständig aufgegeben habe.

Petersburg. Bei Kasan gerieth gestern auf der Wolga inmitten einer größeren Anzahl dort lagernder Petroleum-Barken eine leere Barke und eine solche mit ungefähr 30,000 Pud Petroleum in Brand. Es gelang, das Feuer zu lokalisiren. Menschen sind nicht umgekommen.

Konstantinopel. Die Regierung beschloß, israelitische Unterthanen in der Türkei zum Militärdienst heranzuziehen. Der Sultan glaubt, durch diese Maßregel den Juden einen Beweis seines Vertrauens und seines Wohlwollens zu geben. In einer allgemeinen Rabbiner-Versammlung wurde nun beschlossen, den Vor-

Friedrich & Glöckner empfehlen streichrechte Schnelltrocknende Firnisse und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.